

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/004/2016

Kreistag am 10.03.2016

**Zu Punkt 11.2: Aufruf der "Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat - gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt" hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.03.2016**

KA Köster erläutert den Hintergrund des Antrages. Er führt aus, dass im Hinblick auf die aktuelle Lage im Land, wo vermehrt fremdenfeindliche Übergriffe und rassistische Hetze stattfinden, ein Zeichen gesetzt werden müsse. Der Antrag richte sich gezielt an den Kreistag als ein demokratisch gewähltes repräsentatives Organ.

KA Besche-Krastl bittet um Rücknahme des Antrages, damit dieser erneut interfraktionell in den Kreistag eingebracht werden könne.

KA Janssen erwidert hierzu, dass eine Abstimmung im Kreistag genüge. Danach sei ersichtlich, welche Fraktionen sich dem Aufruf anschließen möchten.

KA Völker befürwortet den Antrag, allerdings bezweifelt er, dass eine „Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene“, wie es im Antrag hieße, mangels Ressourcen und aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten möglich sei.

KA Kuchler erklärt, dass es ihr nicht auf diesen Satz ankomme. Sie möchte vielmehr ein Zeichen nach außen setzen.

Auf Nachfrage von KA Völker, ob der Anschluss an die Allianz eine Auswirkung auf den Stellenplan habe, erwidert KA Kuchler, dass diese Bedenken unbegründet seien. Ziel des Antrages sei allein eine ideelle Auslegung, welche keinen Stellenmehrbedarf hervorrufe.

KA K. Müller befürwortet den Antrag. Er betont, dass anlässlich der aktuellen Stimmung im Land „Flagge gezeigt“ werden müsse.

KA Küppers schließt sich den Äußerung von KA K. Müller an.

Landrat Hendele weist erneut auf die problematische Handlungsvorgabe zur regionalen und lokalen Umsetzung hin. Er sehe keine Möglichkeit zur tatsächlichen Realisierung und Einhaltung einer solchen Zusage. Sei der Antrag als ein „*persönlicher Anschluss*“ zu verstehen, könne er eine Zustimmung befürworten. Hinsichtlich einer anderen Interpretation sehe er keinen Raum.

Der Kreistag stimmt einer ideellen Auslegung zu.

KA Ottweiler hält den Aufruf für nicht notwendig, vielmehr sei es eine Selbstverständlichkeit die genannten Werte der Allianz einzuhalten. Eine Zustimmung des Antrages werte er als bloße Symbolpolitik.

KA Völker erwidert, dass mit Blick auf die aktuellen Lage und Stimmung im Land nicht mehr von einer Selbstverständlichkeit bestimmter Werte ausgegangen werden könne.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden Antrag:

**Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Mettmann schließt sich dem Aufruf der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ an und unterstützt seine Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

eine Enthaltung (parteiloses Einzelmitglied)  
eine Nichtteilnahme (Einzelmitglied der AfD)